

politische Grundfragen mit ihnen erörtert, zum Beispiel zum veränderten Kräfteverhältnis in der Welt, zur sozialistischen ökonomischen Integration usw.

Die Parteileitungen wiederum nehmen die Agitatoren wöchentlich zusammen. Sie beraten mit ihnen: Was für Probleme gibt es in unserem Betrieb? Wie reagieren wir darauf? Die Genossen erhalten überzeugende Argumente. Ein anderes Beispiel. Hinweise auf Mängel in der Arbeit mit Wandzeitungen führten zu Konsequenzen in der Führungstätigkeit. Parteisekretäre tauschten Erfahrungen aus, wie interessante Wandzeitungen aussehen sollen. Heute sind die meisten Grundorganisationen von gewissermaßen plakativen Wandzeitungen abgekommen. In persönlichen Stellungnahmen legen Genossen politische Motive ihres Handelns dar.

So setzte sich die APO I im VEB Optima an einer Wandzeitung damit auseinander, daß es ein Anwachsen von Überstunden gab, auf der anderen Seite jedoch die technisch begründeten Normen nur ungenügend ein gehalten wurden, weil die Arbeitszeit nicht von jedem für die produktive Tätigkeit voll genutzt worden ist. Nach gründlicher Diskussion kam in der APO eine Verpflichtung zur Grundzeitsenkung um 40 000 Stunden zustande. Die Genossen sagten: „Jeder Tag vorbildlicher Planerfüllung erhöht die volkswirtschaftliche Effektivität.“ Und sie selber gaben ein Beispiel mit rationeller Arbeit und hoher Arbeitsdisziplin.

### **Registriert, kontrolliert, bearbeitet**

In der Stadtparteiorganisation Erfurt setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß es zur innerparteilichen Demokratie gehört, die Genossen wissen zu lassen, was aus ihren Anfra-

gen geworden ist. Bei der monatlichen Anleitung der Parteisekretäre wird stets mit ausgewertet, was bereits realisiert werden konnte oder eingeleitet worden ist. Die Parteileitungen berichten vor der Mitgliederversammlung, um den Genossen Antwort auf ihre Fragen zu geben.

Bewährt hat sich das Auftreten der Mitglieder der Sekretariate der Stadtleitung und der Stadtbezirksleitungen in Mitgliederversammlungen und Arbeiteraussprachen.

Die gewissenhafte Arbeit in der Mehrheit der Grundorganisationen der Stadt Erfurt besagt aber noch nicht, daß schon überall den Vorschlägen und Hinweisen der Genossen genügend Aufmerksamkeit geschenkt würde. Das gilt vor allem für die Parteileitungen der noch jungen VEB. Sie setzen sich noch nicht in gleichem Maße wie die anderen Grundorganisationen dafür ein, alle Anregungen aufzugreifen.

Eines zeichnet sich in fast allen Grundorganisationen ab: Während alles, was die Genossen schriftlich an die Leitung herantragen, gewissenhaft registriert wird und hierzu auch Kontrollvermerke und Endergebnisse eingetragen werden, sind die mündlich vorgebrachten Anliegen noch nicht gleichermaßen exakt erfaßt worden.

Die Stadtbezirksleitungen helfen den Grundorganisationen in ihrer operativen Tätigkeit, wie diese — ohne großen Aufwand — auch knapp vermerken können, was in den Mitgliederversammlungen zur Sprache kam, woraus sich für die Leitungstätigkeit Konsequenzen ableiten oder worauf die Genossen Bescheid erhalten möchten.

So vertrauensvoll wie die Mitglieder und Kandidaten wenden sich auch die Bürger Erfurts mit ihren Anliegen an die Parteileitungen. Dabei gibt es Dinge, bei denen man sich fragen

aufbringen konnte. Wegen fehlender Mittel kann der Müll nur noch einmal in drei Wochen abgefahren werden.

In London stehen 100 000 Wohnungen wegen zu hoher Mietpreise leer. Aber zugleich leben im Land 60 000 Obdachlose.

In Taipeh auf der Insel Taiwan sind die rund vier Millionen Einwohner in der Minderheit. In dieser Stadt gibt es heute viermal soviel Ratten wie Einwohner.

In Städten der BRD sind aus finanziellen Gründen Theater geschlossen worden, oder es Hege entsprechende Pläne in den Kulturdezernaten. Nachdem in Cuxhaven und Oberhausen die Schauspielhäuser dichtgemacht wurden, sollen nun das erst: 1966 eröffnete Dortmunder Opernhaus geschlossen und die Bonner und Kölner Opernhäuser zusammengelegt werden.

**0 Der Erpressungspolitik der Industrie ausgeliefert.** Die Schnaps-

magnaten der Weinbrennerei Asbach & Co, beispielsweise drohten dem Stadtparlament von Rudesheim, sie würden ihren Betrieb in einen anderen Ort verlagern, wenn die Stadt nicht billigen Boden für Neubauten zur Verfügung stellt und sich an Erschließungskosten für ein Weinberg-Gelände beteiligt. Rudesheim zahlt für diese Erpressung 3,3 Millionen DM, weil es wiederum auf Asbach als Gewerbesteuerzahler angewiesen ist, (NW)